

Friedrich L. Sell

Weg zu einer gemeinsamen Architektur

Über die Zukunft der europäischen Hochschulpolitik

MEINUNG

In die Hochschulpolitik ist in den letzten Monaten erhebliche Bewegung gekommen: In einigen Bundesländern gingen massive Einschnitte in die Budgets von Fachhochschulen und Universitäten einher mit der Forderung von Bundespolitikern der SPD, mehrere Hochleistungsuniversitäten zu schaffen, um nicht den Anschluss an internationale Ausbildungs- und Forschungsstandards zu verlieren. Zugleich gewinnt auf nationaler wie europäischer Ebene die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen sowie von Kreditpunktesystemen nach dem Modell des European Credit Transfer System (ECTS) entsprechend den Beschlüssen der Konferenz von Bologna an Fahrt. Kann so bis 2010 der geplante einheitliche europäische Hochschulraum entstehen – und ist das überhaupt wünschenswert?

Auf der Konferenz von Bologna im Juni 1999 beschlossen die Bildungsminister aus 29 europäischen Ländern (mittlerweile auf 40 Teilnehmerländer ausgedehnt), durch die **Harmonisierung der Studienabschlüsse** und eine **einheitliche zweistufige Studienstruktur** bis 2010 eine gemeinsame Architektur der europäischen Hochschulsysteme zu schaffen, die durch den „Bachelor“ (BA) als ersten berufsbefähigenden Studien- und Regelabschluss nach rund drei Jahren und den „Master“ (MA) als zweiten Studienabschluss nach weiteren ein bis zwei Jahren gekennzeichnet ist. Die Ministerkonferenzen vom Mai 2001 in Prag und vom September 2003 in Berlin haben diese Vereinbarungen bestätigt. Ziel ist es, die Transparenz und Durchlässigkeit der europäischen Studiengänge zu vergrößern, die Studienzeit bis zur Aufnahme einer ersten beruflichen Tätigkeit zu verkürzen und die Mobilität der europäischen Studierenden deutlich zu erhöhen (DAAD 2003, Nr. 26, S. 3 f.). Bis zum Jahr 2005 sollen alle Staaten der Europäischen Union (EU) mit der Einführung des zweistufigen Systems begonnen haben (HIS 2003, Nr. 22, S. 3). In der Berliner Erklärung der Bildungsminister wurde darüber hinaus das Doktorandenstudium als dritte Stufe neben Bachelor und Master in den Bologna-Prozess einbezogen.

Zugleich hat sich aber für den Bildungsbereich in Europa insofern (noch) wenig geändert, als in diesem Politikfeld die Mitgliedsstaaten nach wie vor selbst zuständig sind und das **Harmonisierungsverbot** weiterhin Bestand hat. Auch fährt der Bologna-Zug in den verschiedenen Ländern unterschiedlich schnell. So hinkt derzeit die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland noch erheblich hinter dem Zeitplan her: Nur knapp 15 Prozent aller angebotenen Studiengänge beziehungsweise drei Prozent der Studierenden schließen mit einem Bachelor- oder Masterabschluss ab (Wuttig 2003, S. 5), obwohl die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) die Ziele des Bologna-Prozesses explizit verinnerlicht hat (DAAD 2002, Nr. 22, S. 6) und Umfragen unter Studierenden über den europäischen Hochschulraum mehrheitlich positiv ausfallen (HIS 2003, Nr. 22, S. 4). Viel Lärm um nichts? Nein: Der Bologna-Prozess scheint trotz allem unaufhaltbar. Grund genug, wichtige Aspekte zu beleuchten.



Seit dem Ende der neunziger Jahre arbeiten die EU-Staaten an einem einheitlichen Hochschulsystem.

Foto: David Ausserhofer



Prof. Dr. Friedrich L. Sell ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr München.

Wettbewerb oder verordnete Vereinheitlichung der Studienabschlüsse?

Gelegentlich liest und hört man davon, dass der Bologna-Prozess eine politisch gewollte Tendenz zur „verordneten“ Bildungskonvergenz in Europa verstärke und den Wettbewerb zwischen den Hochschulen eher beschränke. Dieses Argument ist so nicht schlüssig. Denn: Richtig verstanden, kann die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse den Wettbewerb zwischen den europäischen Hochschulen noch intensivieren. Sie beseitigt prinzipiell Mobilitätshemmnisse, unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen und ungleiche Anforderungen an quantitative und qualitative Studieninhalte. Damit werden „**Marktunvollkommenheiten**“ reduziert. Allerdings müssen dann auch gleiche Anforderungen an die „Marktteilnehmer“ (Professoren, Studierende, akademische Einrichtungen) gestellt werden. Das ist in Deutschland zurzeit aber nicht der Fall.

Die Fachhochschulen bieten bei uns zunehmend eigene BA- und MA-Studiengänge an und erobern sich Schritt für Schritt das Promotionsrecht, wenngleich die Grundlagenforschung gar nicht zu ihrer Aufgabenbeschreibung gehört und die angewandte Forschung bestenfalls ausschnittsweise (Sell 2003, S. 36). Die Zugangsberechtigung für die Fachhochschule ist bekanntlich das Fachabitur, nicht das „volle Abitur“. Für deutsche Schüler nimmt die Attraktivität des „vollen Abiturs“ damit zwangsläufig ab, da ja auch Fachhochschulen den Bachelor und den Master im Programm haben. Da aber Fachhochschullehrer ein wesentlich höheres Lehrdeputat aufweisen als Universitätsprofessoren, ist es für den Staat dann grundsätzlich billiger, ihnen einen Großteil der BA- und MA-Ausbildung anzuvertrauen. Die so genannten **Akkreditierungsagenturen** stellen den akademischen Abschlüssen dieser Studiengänge Testate aus, die den Zusatz „Fachhochschule“ gar nicht mehr enthalten dürfen. Damit wird die in der Vergangenheit durchaus bewährte Arbeitsteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen Zug um Zug beseitigt. Das kann nicht sinnvoll sein.

Der Bologna-Prozess hat gerade den Akkreditierungsagenturen eine Hauptverantwortung für die Qualitätssicherung der Studienabschlüsse zugewiesen (Wuttig 2002, S. 4). Die hochschulartenübergreifende Akkreditierung gilt als die Voraussetzung für die staatliche Genehmigung eines Studiengangs und soll dazu beitragen, „Profilbildung und Wettbewerb unter den Hochschulen zu stärken“ (HIS 2002, Nr. 10, S. 3). Die sechs derzeit in Deutschland funktionierenden Agenturen (ZevA, AQAS, AQUIN, FIBAA, ASIIN, AHPGS) evaluieren allerdings nur **Mindestvoraussetzungen**, unter anderem für die „Qualität(ssicherung) des Curriculums“, die „Berufsrelevanz“, die „personelle und materielle Ausstattung“ sowie die „internationale Kompatibilität“ neuer Studiengänge. Zulassungsstelle für die Agenturen ist in Deutschland wiederum der so genannte **Akkreditierungsrat**, der im Juli 1999 ins Leben gerufen wurde und organisatorisch am Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK) aufgehängt ist. Besser wäre es, wie es bei internationalen Agenturen (etwa EQUIS) auch durchaus Usus ist, explizite **Qualitätsstandards** zu formulieren (Schröder 2003, S. 9) und bei der Evaluierung Zielerreichungsgrade auszuweisen. Dann kann der Wettbewerb unter den Hochschulen um das Erreichen unterschiedlicher Standards beziehungsweise hoher Zielerreichungsgrade im Akkreditierungsverfahren wieder zu einer sinnvollen Arbeitsteilung führen.

Studiengebühren?

Als Ökonomen wissen wir aus den einfachsten Ungleichgewichtslagen auf Märkten, dass Nachfrageüberhänge durch Preisanhebungen abzubauen sind (Sell 2002, S. 142). Hier gilt es eine häufig vorgenommene Verwechslung zu vermeiden: Das eigentliche Preisgefüge der Bildungseinrichtungen ist das Profil der Anforderungen und nicht das der Teilnahme (= Stu-

summary

This article portrays recent aspects of the so-called Bologna process and discusses, on this background, the perspectives for the academic landscape in Europe. The author stresses the importance of the enhanced transparency and competition which can be expected, claims a sound division of labour between different education systems and criticises the actual implementation of the Bologna principles in Germany.

dien)gebühren. Vielen Professoren läuft allerdings immer noch der Angstschweiß über die Stirn, wenn sie an die Veröffentlichung von Durchfallquoten denken, die als „politisch inkorrekt“ eingestuft werden. Statt Ursachenforschung zu treiben, werden häufig eher Anspruchsniveaus heruntergeschraubt, mit fatalen Signalwirkungen auf die heutigen und zukünftigen Studierenden. Die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren erscheint daher oftmals wie ein Ablenkungsmanöver. Es soll nämlich davon abgelenkt werden, dass es die schulischen und die akademischen Leistungen sind, die eine – möglicherweise nicht von allen erwünschte – Differenzierung unter den Nachfragern nach dem vorhandenen Bildungsangebot erzeugt und auch manche von einem bestimmten Angebot auszuschließen vermag. Vor allem deshalb ist es so wichtig, dass sich die Universitäten ihre eigenen Studierenden aussuchen können. Diese **Autonomie** ist mindestens so relevant, wie die **eigene Haushaltsgestaltung**. Für Letztere können vorgelagerte Studiengebühren in Verbindung mit einem tief gestaffelten Stipendienprogramm oder auch nachgelagerte, am späteren beruflichen Erfolg orientierte Studiengebühren, deren Aufkommen an die Universitäten selbst zu fließen hat, sehr nützlich sein – allerdings ohne dass sich der Staat Zug um Zug von seinen eigenen Finanzierungszusagen verabschiedet.

Eliteuniversitäten?

Der Ruf nach Eliteuniversitäten, der in den letzten Wochen durch Deutschland hallte, und der Verweis auf die private Harvard-Universität in den USA mit ihrem Stiftungskapital von rund 18 Milliarden US-Dollar wirkt reichlich fern von der Realität: Hat nicht die deutsche Wirtschaft vor knapp zwei Jahren erst mit großem Medienaufwand den Start der „**European School of Management and Technology**“ (ESMT) als Eliteuniversität für das Führungspersonal deutscher Unternehmen bekannt gegeben und im Mai 2003 gestartet? Das Stiftungskapital von 100 Millionen (!) Euro ist bis heute noch nicht beisammen. Dabei lohnt es sich, einen Blick auf altbekannte Einrichtungen zu werfen: Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat gerade erst ein Ranking – vornehmlich staatlicher – deutscher Universitäten veröffentlicht. Die ersten zehn darunter sind auf vielen Feldern selbst im europäischen Maßstab Spitzenuniversitäten, die eine – auch finanzielle – Förderung verdienen. Andere deutsche Hochschulen könnten ebenfalls zu Spitzenuniversitäten werden. Allerdings nicht, wenn man ihnen bei steigenden Studierendenzahlen Mittelkürzungen zumutet und den Hochschulbau beschneidet.

Fazit

Manches, was uns die Politik im Zusammenhang mit Bologna verspricht, etwa die gesteigerte Mobilität der Studierenden, funktionierte schon früher, also ohne Bologna, nicht schlecht: So wuchs die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland von 1992 bis 2001 bereits um über 50 Prozent (Müller-Solger/Hendriks 2003, S. 7). Die internationale Durchlässigkeit zwischen Studiengängen vergleichbarer Qualität kann und sollte durch den Bologna-Prozess verstärkt werden. Eine ungehemmte nationale Durchlässigkeit zwischen allen möglichen Bildungseinrichtungen wäre dagegen fatal. Sie würde einem „race to the bottom“ gleichkommen, bei dem die Anforderungen und die Qualität der Ausbildung auf der Strecke bleiben. Mit der Autonomie der Hochschulen bei der Auswahl ihrer Studierenden kann und muss hier ein wirksames Instrument der Qualitätssicherung dagegen gestellt werden.

Wenn die europäischen Hochschulen den Bologna-Prozess umsetzen sollen, bedürfen sie eines verlässlichen Finanzrahmens. Nur so ist eine langfristige Hochschulplanung denkbar. Daher sind die gegenwärtigen, aus der aktuellen Haushaltsmisere, vor allem aber aus der

Stichwörter

Bachelor

Master

Bologna-Prozess

Akkreditierung

Studiengebühren

Literatur

Deutscher Akademischer Austauschdienst (verschiedene Jahrgänge), DAAD Euroletter, Nr. 1 bis 26. Informationen zur EU-Bildungs- und Hochschulzusammenarbeit, Bonn.

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH (verschiedene Jahrgänge), Evonet Newsletter, Hannover.

Müller-Solger, H./Hendriks, B., Der Bologna-Prozess. „Bottom-up“ und „Top-down“, in: W. Heuser (Hrsg.), Von Bologna nach Berlin. Eine Vision gewinnt Kontur. Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Bonn 2003, S. 6-7.

Schröder, H.-H., Dokumentation und Positionspapier zur Akkreditierung wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge in Deutschland. Kommission des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultätentages (WiSoFT) zu Akkreditierungsfragen Mimeo, Aachen 2003.

Sell, F. L., Die Übernachfrage nach Studienplätzen mit höheren Anforderungen abbauen, in: Ders., Aktuelle Probleme der Europäischen Wirtschaftspolitik, Stuttgart 2002, S. 142-144.

Sell, F. L., Feinde des Campus. Wie Politiker die Unis reformieren und ruinieren, in: Die Zeit vom 27. 11. 2003, Nr. 49, S. 36.

Witte, J. u.a., Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge als Herausforderung für die deutschen Hochschulen: Handlungsfelder und Aufgaben, CHE Positionspapier II zu den Bachelor- und Masterstudiengängen, Gütersloh 2003.

Wuttig, S., Europa in Bewegung: Bildungspolitische Diskussionslinien auf dem Weg zu einem europäischen Hochschulraum, in: DAAD Euroletter, Informationen zur EU-Bildungs- und Hochschulzusammenarbeit, Nr. 19 (2001), Bonn, S. 3-4.

Wuttig, S., Die europäische Agenda 2010 – Eine Herausforderung auch für die Hochschulen, in: DAAD Euroletter, Informationen zur EU-Bildungs- und Hochschulzusammenarbeit, Nr. 25 (2003), Bonn, S. 4-5.

keywords**bachelor****master****Bologna process****accredit****tuition fees**

diese erzeugenden falschen Wirtschaftspolitik geborenen Etatkürzungsrunden Gift für die geplante Implementierung der Bologna-Reformen. Weder Deutschland noch andere europäische Länder brauchen Neugründungen von Eliteuniversitäten. Wieder ein Ablenkungsmanöver! Vielmehr müssen die Bewegungsspielräume auch der bereits vorhandenen Spitzenuniversitäten und deren Wettbewerb – nicht über Preise, sondern über Inhalte – untereinander vergrößert werden.

Ausschlaggebend für den **Erfolg oder Misserfolg von Bachelor und Master** wird sein, ob die Wirtschaft, die Berufsverbände und die öffentlichen Arbeitgeber die Absolventinnen und Absolventen der neuen Studiengänge als vollwertige Akademiker akzeptieren (HIS 2002, Nr. 11, S. 5). Die Nagelprobe wird dabei beim Bachelor zu machen sein: Ist er wirklich in der Lage, den Studienabgängern wie vorgesehen als erster berufsqualifizierender Abschluss „employability“, also **Beschäftigungsfähigkeit** zu verschaffen? Dazu müsste sich die Wirtschaftspolitik allerdings endlich darauf verständigen, die halbherzig begonnenen notwendigen Reformen am Arbeitsmarkt, der sozialen Sicherungswerke und des Steuersystems rigoros zu Ende zu führen. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn die neuen akademischen Abschlüsse ausgerechnet an der fehlenden Reformfähigkeit außerhalb des Bildungssektors scheitern würden.

Kontakt:

Prof. Dr. Friedrich L. Sell
Universität der Bundeswehr München
Fakultät für Wirtschafts- und
Organisationswissenschaften
Institut für Volkswirtschaftslehre
Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg
Tel.: +49-(0) 89/60 04-42 30
Fax: +49-(0) 89/601-46 93
E-Mail: friedrich.sell@unibw-muenchen.de

Ein einheitlicher europäischer Hochschulraum ist wünschenswert, allerdings gilt es die Einheitlichkeit in Vielfalt zu gestalten. Der Wettbewerb darf sich nicht ausschließlich unter dem politisch abgesegneten Dach von BA und MA abspielen. Das belegen auch die zehn Thesen der Kultusministerkonferenz vom 10. Juni 2003, die mit dem Satz enden: „Jedoch können wichtige Gründe für eine Beibehaltung der bewährten Diplomabschlüsse auch über das Jahr 2010 hinaus sprechen“.